

Kurzinformationen

zusammengestellt Theo Ebbers und Thomas Stukenberg

Kursverfall der Rupie hält an

Nach mehreren Jahren der Stabilität hat die indische Rupie im Herbst 1995 einen starken Wertverlust gegenüber dem Dollar hinnehmen müssen. Der Preisverfall der Rupie begann im September, als ihr Kurs auf 35 Rupien je Dollar fiel. Eine kurzfristige Kurserholung auf 33 Rupien konnte jedoch nicht verhindern, daß ein US-Dollar Ende Oktober schon 36 Rupien kostete. Sah die indische Staatsbank ('Reserve Bank of India' - RBI) in diesem Kursverfall offenbar zunächst keinen Grund, Alarm zu schlagen und stärker in den Devisenmarkt einzugreifen, hat sie Mitte November begonnen, Maßnahmen gegen einen weiteren Wertverlust der Rupie zu ergreifen. Der Kursverfall der Rupie, durch den sich Importe verteuern, begann zu einem Zeitpunkt, als infolge der Liberalisierungspolitik der Importsektor große Zuwächse erlebte. Um Investitionen in Indien für potentielle ausländische Investoren, insbesondere Auslandsindianer (NRI = non resident Indians), trotz der aktuellen Kursentwicklung attraktiv zu machen, hat die RBI inzwischen eine Anhebung der Zinsen für Bankeinlagen von Auslandsindianern auf bis zu 17 Prozent vorgenommen.

Kein Eintritt trotz Öffnung?

Seit einigen Monaten häufen sich Proteste und wächst der Widerstand gegen den Eintritt ausländischer Unternehmen in den indischen Markt. Ein vielzitiertes Beispiel ist die vorläufige Kündigung des Abkommens zum Bau des 'Enron'-Kraftwerkes durch die BJP-Regierung in Maharashtra. In Bombay hat sich ein 'Anwaltskollektiv' gebildet, das versucht, die Zulassung ausländischer Anwaltskanzleien zu stoppen und die Auseinandersetzung um die Brathähnchen von 'Kentucky Fried Chicken' gipfelten inzwischen in der Schließung des erst im November eröffneten Restaurants in Delhi. Da sich die Vorwürfe der Brathähnchengegner, die hier angebotenen Speisen enthielten unzulässige Chemikalien,

nicht bestätigten, wurde als Grund für die Schließung 'hygienische Bedingungen' angeführt, nachdem in dem Restaurant einige Fliegen gesichtet wurden.

Im vergangenen Jahr hatte die 'Reserve Bank of India' international operierenden ausländischen Anwaltskanzleien die Tür zum indischen Markt geöffnet, indem sie ihnen die grundsätzliche Erlaubnis zur Eröffnung von Niederlassungen in Indien erteilte. Jüngsten Statistiken zufolge sind inzwischen 40 solcher Unternehmen in Indien mit eigenen Niederlassungen vertreten, die ausschließlich indische Anwälte beschäftigen, da ausländische Anwälte von indischen Gerichten nur dann zugelassen werden, wenn in deren Heimatland auch indische Anwälte praktizieren dürfen (siehe auch den Beitrag von Rainer Hörig in diesem Heft)

Erneut Differenzen in der 'Ahom Gana Parishad'

Kurz vor dem Ende der fünfjährigen Legislaturperiode der 'Congress'-Regierung in Assam sind in der oppositionellen 'Ahom Gana Parishad' (AGP) erneut tiefgreifende Differenzen aufgebrochen. Vor fünf Jahren hatte die damals regierende AGP die Wahlen und damit die Regierungsmacht in Assam an die 'Congress'-Partei unter Hiteswar Saikia verloren, nachdem sich in ihrer Führungsriege anscheinend unüberbrückbare Gegensätze offenbarten.

Damals führte ein Zerwürfnis zwischen den beiden Gründern der AGP, Prafulla Mahanta und Bhriгу Phukan, zu einer Spaltung der Partei, die nach den von Mahanta und Phukan angeführten Agitationen der 'All Assam Students Union' (AASU) Ende der 80er Jahre die Regierungsgeschäfte in Assam übernommen hatte. Die Gründung der Splitterpartei 'Natun Ahom Gana Parishad' durch Bhriгу Phukan, zwang die quasi über Nacht zu Politikern gewordenen ehemaligen Studentenfürher der AGP 1991 in die Opposition, in der sie nach den bevorstehenden Wahlen zum Landesparlament die jetzige Regierung

unter Saikia sehen möchte. Doch mit der Wahl Mahantas zum Parteipräsidenten und der Weigerung der Delegierten, auch Phukan einen Posten im Führungsgremium der Partei zu geben, droht der AGP nach ihrer jüngsten Parteivollversammlung Anfang November eine erneute Spaltung, die es eher unwahrscheinlich macht, daß Saikia und seine 'Congress'-Partei bei den Wahlen ihre regierungsfähige Parlamentsmehrheit in Assam verlieren werden.

Spaltung der 'Samata-Party'

Die im Oktober 1994 mit großen Hoffnungen gegründete 'Samata Party', die unter der Leitung von George Fernandes aus einer Splittergruppe der 'Janata Dal' hervorging, droht nach einer weiteren Spaltung in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Nach ihrer schweren Niederlage bei den letzten Regionalwahlen in Bihar suchten George Fernandes und Nitish Kumar neue politische Verbündete in ihrem Kampf gegen die in Bihar regierende 'Janata Dal' unter Laloo Prasad Yadav und glauben nun, diese in einer Allianz mit der hindu-nationalistischen 'Bharatiya Janata Party' (BJP) gefunden zu haben. Gegner eines solchen kuriosen Bündnisses zwischen Sozialisten und rechtskonservativen Hindunationalisten haben begonnen, George Fernandes und seine 'Samata-Party' zu verlassen und suchen neue politische Allianzen. Während sich die einen der 'Samajwadi Party' unter Mulayam Singh Yadav zuwenden, suchen andere wieder den Anschluß an die 'Janata Dal'.

Forderung nach Wiedereinführung des 'Restricted Area Permit'

Nur wenige Monate nach der Aufhebung des 'Restricted Area Permit' (RAP), mit dem bis Mai 1995 die Einreise von Ausländern in die nordöstlichen Bundesstaaten Assam, Meghalaya und Tripura kontrolliert wurde, haben verschiedene Organisationen in Shillong dessen Wiedereinführung gefordert. Befürchtet wird ein unkontrollierter

Zuzug von Ausländern aus den Nachbarstaaten, vor allem aber aus Bangladesh, und eine dadurch hervorgerufene Überfremdung und Bedrohung der ethnischen Identität der Khasis. Die hohe Zahl illegaler Einwanderer aus Bangladesh in Assam, die dort zu einem wichtigen politischen Faktor geworden sind, zeigt jedoch, daß sich dieser Zustrom kaum mit einer Wiedereinführung des RAP stoppen läßt.

Indisches Kampfflugzeug vorgestellt

Mit Stolz hat die indische Luftwaffe Ende November das erste Testmodell ein neues Kampfflugzeug vorgestellt, das um die Jahrhundertwende die russische MiG-21 ablösen soll. Bei dem ersten von Indien allein entwickelten Kampfflugzeug soll es sich um das kleinste Kampfflugzeug der Welt handeln, das von indischen Medien als die indische Antwort auf die us-amerikanische F-16 gefeiert wird. Bevor die ersten Prototypen produziert werden können, sind noch eine Vielzahl von Tests erforderlich und man rechnet kaum damit, daß eine endgültige Flugzulassung der Maschine vor dem Jahr 2003 erfolgen wird. Kritiker warnen vor zu hohen Erwartungen an das Flugzeug, das dann bei seiner Zulassung nach beinahe 25-jähriger Entwicklungszeit schon technisch veraltet sein könnte. Weiterer Kritikpunkt sind die enormen Entwicklungskosten, die bisher etwa 400 Millionen DM betragen. Einen Teil der enormen Summen hofft man durch den Verkauf des Kampfflugzeuges an andere asiatische Staaten zurückgewinnen zu können. Erfüllen sich die Erwartungen der indischen Flugzeugbauer, wird ihr Prestigeprodukt auf internationalen Märkten zu einem Stückpreis von etwa 22 Millionen US-Dollar angeboten werden - die Konkurrenz aus dem Westen verlangt für ihre Typen mindestens 26 Millionen US-Dollar.

Kontroverse um Forderungen christlicher Dalits

Die Beteiligung Mutter Theresas an einer Kampagne für die Aufnahme christlicher Dalits in die Liste der 'Scheduled Castes' hat nicht nur zu heftigen Auseinandersetzungen um die Person des "Engels der Armen" geführt, sondern die über 40 Jahre alte Forderung der Dalit-Christen wieder in das öffentliche politische Bewußtsein gerückt. Angeführt und koordiniert vom

'National Coordination Committee for Scheduled Castes Christians' haben Dalit-Christen am internationalen Tag der Menschenrechte eine landesweite Kampagne gestartet, mit denen sie ihrer Forderung nach Arbeits- und Ausbildungsplatzreservierungen Nachdruck verleihen wollen. Ihre Begründung: Da die Dalit-Christen von der indischen Gesellschaft wie andere 'Unberührbare' und Hindu-Dalits behandelt werden, sollten für sie auch die gleichen Rechte gelten, wie für andere Dalits. Zwar kenne das Christentum kein Kastenwesen, doch seien indische Christen Teil der indischen Gesellschaft, in der dieses noch immer ein wichtiges strukturierendes Element ist. Während die 'Bharatiya Janata Party' eine Gegenkampagne gestartet hat und die regierende 'Congress'-Partei noch unentschieden in ihrer Haltung zu diesen Forderungen ist, haben eine Reihe prominenter Politiker anderer Oppositionsparteien inzwischen ihre Unterstützung dieser Forderung angekündigt.

"Backwards" gegen "Backwards" in Tamil Nadu?

Kurz vor den Wahlen in Tamil Nadu muß sich die Ministerpräsidentin des südöstlichen Bundesstaates, Jayalalitha, auch in ihrer Heimat mit Konflikten um die "backward castes" auseinandersetzen - und zu allem Übel scheint sie an der Entstehung der Konflikte nicht unbeteiligt: Die Polizei in Kodiyankulam, einem überwiegend von Dalits bewohnten Dorf im Chidambaram Distrikt in Tamil Nadu, überfiel seit August 1995 systematisch die Dalits des Dorfes, vergiftete die Brunnen, zerstörte Häuser und verbrannte Reisedokumente von Dorfbewohnern, die als Gastarbeiter in die Golfstaaten auswandern wollten. Auffällig ist, daß auch die Polizisten, die an den Überfällen beteiligt waren, einer sogenannten "backward caste" angehören, den Thevars, die in Tamil Nadu etwa zehn Prozent der Bevölkerung stellen. Hintergrund der Ausschreitungen ist offenbar hauptsächlich die Frustration eines engen Mitarbeiters von Ministerpräsidentin Jayalalitha, der den Dorfbewohnern eine "Lektion" erteilen ließ, weil sie sich weigerten, ihm Land zu verkaufen. Beide Gemeinschaften werden offiziell als "backward" eingestuft, sodaß der Eindruck entsteht, als bekämpften sich hier die Unterprivilegiertesten

der Gesellschaft.

Dalits beschädigten ein Denkmal des Thevar-Führers Muthuramalinga, woraufhin Thevas eine Statue des Dalit-Befreiers und Architekten der indischen Verfassung, Dr. Ambedkar, demolierten. In der Tat genießen die Thevas seit Jahren die Protektion der Regierung Jayalalitha. Vor den Wahlen ist Jayalalitha indes gezwungen, die Wogen zu glätten anstatt nach der Devise "teile und herrsche" zu verfahren: Sie ist auch auf die Wählerstimmen der Dalits angewiesen. Die Exzesse sind letztlich ein weiteres Beispiel dafür, wie Politik auf dem Rücken der Dalits und "backwards" gemacht und sie gegeneinander ausgespielt werden. (Zur Situation der Dalits und der Begriffsbestimmung siehe auch Buchrezension "Unberührbar" in diesem Heft.)

Freihandelsabkommen in Kraft

Rechtzeitig zur südasiatischen Handelsmesse, die im Januar 1996 in Delhi stattfinden soll, haben die Handelsminister der sieben Mitgliedsländer der SAARC ('South Asian Association for Regional Cooperation') - Bangladesh, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka - zum 7. Dezember



**südostasien
informationen**

**50
Jahre
Indonesien**

Heft Nr. 4/95

aus dem Inhalt:

Indonesien:

- * Politische Prozesse
- * Die Rolle der Streitkräfte in der Politik
- * Interview mit der Tochter Sukarnos
- * Pramoedya Ananta Toers ungehaltene Preisrede: Wie gefährlich sind Geschichten?
- * Unter Freunden: Das deutsch-indonesische Verhältnis
- * Indonesien aus thailändischer, malaysischer, philippinischer Sicht

außerdem:

- "Alternativer Nobelpreis" für Sulak Sivaraksa (Thailand) und Carmel Budiardjo (London/Indonesien)

Schwerpunkt des nächsten Heftes:
Asiatische Werte?

erscheinen vierteljährlich
Einzelheft: 72 S.
Preis: DM 9,-
Doppelheft: 96 S.
Preis: DM 14,-
(zzgl. Porto)

Jahresabonnement:
DM 36,- für Einzelpersonen
DM 72,- für Institutionen

erhältlich bei:
**Südostasien-
Informationsstelle**
Bullmannau 11
D-45327 Essen
Tel.: 0201/830 38-18
Fax: 0201/830 38-19
E-Mailing:
Geonet GEOD:SEAINFO

Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302491
Post giro Dortmund (BLZ 440 100 46) Nr. 1748-460

1995 den Vertrag über ein 'South Asien Preferential Trading Arrangement' (SAPTA) abgeschlossen. Auch wenn damit ein lange gehegtes Ziel der Handelsstrategen erreicht ist, so ist die praktische ökonomische Bedeutung des Vertrages zunächst eher als gering einzuschätzen. Denn der Anteil des Handels, den die SAARC-Mitgliedsstaaten untereinander betreiben, beträgt z.Z. gerade einmal 3,4 Prozent ihres Handels insgesamt - in der EU beträgt der entsprechende Anteil 63,4 Prozent. Und wie sehr sich der Handel innerhalb Südasiens in absehbarer Zeit steigern läßt, hängt ganz wesentlich von einer Verbesserung der offiziellen politischen Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten - insbesondere aber von Indien zu seinen Nachbarn - ab.

Wie ein Mitarbeiter der indischen Industrie- und Handelskammer darlegt, beträgt der inoffizielle Handel zwischen Indien und Pakistan - den beiden größten und wichtigsten SAARC-Partnern - 650 Millionen US-Dollar jährlich, während offiziell nur Waren im Werte von 150 Millionen US-Dollar ausgetauscht werden. Der Großteil der (inoffiziell gehandelten) Güter macht eben den teuren und den beiden eigentlichen Handelspartnern wenig zugute kommenden Umweg über Drittstaaten. Um diesen Mißstand zu ändern und die defacto-Handelsströme auch in die richtigen Kanäle zu lenken, verfolgt das SAPTA-Sekretariat nun die Strategie, bilaterale Handelskonzessionen, die es zwi-

schon einzelnen SAARC-Mitgliedern schon gibt, auf die ganze Gemeinschaft auszudehnen - ein Verfahren, das schon das GATT auf internationaler Ebene durch die sog. Meistbegünstigungsklausel mit einigem Erfolg angewandt hat. Zunächst müssen allerdings noch umfangreiche Listen von Waren erstellt werden, die von günstigeren Handelsbedingungen betroffen sein werden. Dies riecht nach einer Menge bürokratischer Fallen oder sogenannter nicht-tariffärer Handelshemmnisse, über die auch die EU- und GATT/WTO-Freihandelsapologeten heute noch gelegentlich stolpern.

Oberstes Gericht verurteilt Thackeray's Hetzreden

Während das Oberste Gericht den Premierminister Maharashtras, Manohar Joshi, von dem Vorwurf freigesprochen hat, im Wahlkampf 1990 religiöse Hetzreden gehalten zu haben, ist der Vorsitzende der rechten Hindupartei 'Shiv Sena', der sich selbst gerne als Fernsteuerung Joshis bezeichnende Bal Thackeray, von dem Gericht für seine religiösen Hetzreden verurteilt worden. Das Gericht fand ihn schuldig, im Wahlkampf 1987 "korrupte Wahlpraktiken" angewandt zu haben, indem er abfällige Bemerkungen über Moslems gemacht und dadurch Haß zwischen den Religionsgruppen geschürt habe. Das Urteil bedeutet, daß Thackeray für die nächsten sechs

Jahre nicht bei Wahlen kandidieren kann und eröffnet den Weg für ein strafrechtliches Verfahren gegen ihn.

Neuorganisation der Evangelisch-Lutherischen Gossner Kirche in Indien

Die kürzlich verabschiedete bischöfliche Verfassung sieht vor, daß in Zukunft fünf Diözesen von einem, aus dem Kreis der fünf Bischöfe, gewählten Moderator koordiniert werden. Hiermit soll der ethnischen und sprachlichen Differenziertheit sowie der großen Ausdehnung des Kirchengebietes Rechnung getragen werden. Die neuen Bischöfen wurde anlässlich der Feier zum 150-jährigen Jubiläum der Evangelisch-Lutherischen Gossner Kirche in Indien öffentlich eingeführt.

Die etwa 400.000 Glieder der größten Lutherischen Kirchen Indiens gehören überwiegend zur indischen Urbevölkerung, den Adivasi. Gerade in den letzten Jahren hat die Kirche ihre soziale Verantwortung für die gesamte Gesellschaft und vor allem für die noch immer benachteiligten und diskriminierten Adivasi wahrgenommen.

Die Einigungsverhandlungen zur Überwindung der seit fast 20 Jahren bestehenden Spaltung in der Kirche sollen unter Vermittlung der Vereinigt-Evangelisch-Lutherischen Kirche Indiens (UELICI) bald aufgenommen werden.

Rechenschaftsbericht zum Dritte-Welt-Handel

Eine Gewinnbeteiligung in Höhe von DM 8.000,- hat die entwicklungspolitische Aktionsgruppe für Dritte Welt-Handel, 'Freundeskreis Chotanagpur e.V.', an verschiedene Produzentengruppen in Indien und Nepal für 1995 vergeben. Diese Mittel haben aufgrund des hohen Wechselkurses eine große Bedeutung für die Empfänger und werden für flankierende Sozialmaßnahmen zugunsten der marginalisierten Gruppen von Dorfhandwerkern und Behinderten verwendet. Sie sind wertvoller als Spenden, da sie durch den Verkauf eigener Produkte erwirtschaftet wurden.

Neben dem Import aus solchen Entwicklungsprojekten und dessen Vermarktung in Deutschland hatte die Arbeit des Freundeskreises in den letzten Jahren zwei Schwerpunkte. Einmal wird der Aufbau eines Weberdorfes in Chotanagpur gefördert, wo sich etwa 15 Familien eine neue Existenz mit Webereien und Reisanbau aufbauen können. Zusätzlich engagiert sich der Freundeskreis für die 'Rugmark'-Kampagne und hat selber auch Teppiche eingeführt, die garantiert nicht durch Kinderarbeit entstanden sind.

Nach Projektbesuchen bei den meisten Partnern in Indien und Nepal ist der Freundeskreis auch weiterhin davon überzeugt, daß der Dritte-Welt-Handel nach wie vor eine wichtige entwicklungspolitische Aktionsform ist. Die Projektpartner können gegenüber dem bloßen Empfang von Spendenmitteln ihren Lebensunterhalt selber verdienen und somit ihre Selbstachtung und Unabhängigkeit bewahren.